## S 4 AS 3235/13

## Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land -

Sozialgericht Landessozialgericht Sachsen-Anhalt Sachgebiet Grundsicherung für Arbeitsuchende

Abteilung

Kategorie Urteil
Bemerkung Rechtskraft -

Deskriptoren KdUH

Kosten der Unterkunft und Heizung

Zusicherung Bindungswirkung Inkrafttreten

Kostensenkungsaufforderung

Richtwert

Angemessenheitswert

Bruttokaltmiete

Änderung der Sachlage

Änderung des Angemessenheitswerts Erstellung eines schlüssigen Konzepts

Zusage

Unterkunftsrichtlinie

neue Unterkunftsrichtlinie Änderung der Rechtslage wesentliche Änderung

1. Die Bindungswirkung einer

Zusicherung zur Übernahme der

Aufwendungen für die neue Unterkunft endet nicht bereits mit dem Umzug oder nach Ablauf des Bewilligungsabschnittes.

2. Die Zusicherung gilt so lange, bis eine wesentliche Änderung der Sach- oder

Rechtslage eintritt.

- 3. Allein das Inkrafttreten einer neuen Unterkunftsrichtlinie stellt keine Änderung der Rechtslage dar.
- 4. Wenn die Erhebung der Mietwerte vor der Erteilung der Zusicherung erfolgt ist, so liegt in deren späterer Auswertung und der hieraus folgenden Erstellung eines "schlüssigen Konzeptes" keine Änderung der Sachlage.

SGB X § 34 Abs 3

SGB II § 22 Abs 1 Satz 1

Leitsätze

Normenkette

SGB X § 48 SGB X § 34 Abs 2 SGB II <u>§ 22 Abs 4</u> 1. Instanz S 4 AS 3235/13 Aktenzeichen Datum 24.11.2017 2. Instanz Aktenzeichen L 5 AS 294/18 15.09.2022 Datum 3. Instanz Datum Â Die Berufung wird zurļckgewiesen. Â Berufungsverfahren zu tragen. Â Die Revision wird nicht zugelassen. Â Â

Tatbestand:

Â

Â

Die 1971 geborene Klägerin zu 1. lebte mit ihren Kindern, dem 2003 geborenen Kläger zu 2. und der 2005 geborenen Klägerin zu 3. in einer Bedarfsgemeinschaft und bezog seit längerem Grundsicherungsleistungen vom Beklagten.

### Â

Die KlĤger wohnten seit dem 1. Oktober 2011 in einer 75 qm groÃ∏en Wohnung in T., die Gesamtmiete (einschlieÃ∏lich Heizkosten) betrug 452,25 Euro/Monat und wurde vom Beklagten in voller Höhe berücksichtigt. Mit Schreiben vom 14. Juni 2012 kündigte der Vermieter den Klägern den Mietvertrag; das Mietverhältnis sollte zum 1. August 2012 enden. Die Klägerin zu 1. beantragte am 18. Juni 2012 beim Beklagten die Zustimmung zum Umzug in eine 76,1 qm groÃ∏e Wohnung in der B-Str. in T.. Fþr diese fielen monatlich 350 Euro Grundmiete und 76 Euro Betriebskosten an. Heizkosten waren separat in noch nicht feststehender Höhe an den Gasanbieter direkt zu zahlen und betrugen ab April 2013 83 Euro monatlich. Die Klägerin zu 1. teilte dem Beklagten mit, dass der Kläger zu 2. an ADHS leide und es deshalb vermehrt zu Auseinandersetzungen mit dem Vermieter gekommen sei. Sie legte einen ärztlichen Bericht über einen stationären Aufenthalt des Klägers zu 2. vom 1. bis 4. August 2014 im Klinikum W. vor. Darin wurde eine hyperkinetische Störung des Sozialverhaltens mit ausgeprägter ADHS-Symptomatik beschrieben.

#### Â

Mit Bescheid vom 25. Juni 2012 stimmte der Beklagte dem Umzug in die Wohnung in der B-Str. zu. Die neuen Kosten der Unterkunft i.H.v. monatlich 350 Euro Grundmiete und 76 Euro Betriebskosten lĤgen im angemessenen Rahmen und fĤnden in voller HĶhe Berýcksichtigung. Die KlĤgerin zu 1. unterzeichnete daraufhin am 6. Juli 2012 den Mietvertrag. Als Mietbeginn wurde der 1. August 2012 vereinbart.

## Â

Mit Schreiben vom 28. November 2012 wies der Beklagte die KlĤger darauf hin, dass der Richtwert der angemessenen Kosten der Unterkunft (Grundmiete und kalte Betriebskosten) fþr ihre Bedarfsgemeinschaft 357,75 Euro/Monat betrage. Dieser beruhe auf einer Mietwerterhebung und einem schlä4ssigen Konzept. Dieser Richtwert sei um 68,25 Euro/Monat überschritten; die Unterkunfts- und Heizkosten seien unangemessen. Den Gelegenheit KlĤgern werde gegeben, bis zum 30. April 2013 Eigenbemühungen zur Kostensenkung nachzuweisen. Nach Ablauf der Frist werde, wenn kein Nachweis über die Bemühungen vorliege, nur noch der Richtwert als Kosten der Unterkunft berücksichtigt.

## Â

Auf den Weiterbewilligungsantrag vom 25. MĤrz 2013 bewilligte der Beklagte mit Bescheid vom 26. MĤrz 2012 vorlĤufig Leistungen für den Zeitraum vom 1. April bis zum 30. September 2013 in Höhe von 602,51 Euro monatlich. Als Grþnde der Vorläufigkeit waren zum einen das noch nicht feststehende Einkommen und zum anderen hinsichtlich der Kosten der Unterkunft und Heizung ab 1. Mai 2013 die ggf. eintretende Senkung der tatsächlichen Kosten aufgeführt.

#### Â

Mit  $\tilde{A}$  nderungsbescheid vom 19. April 2013 hob der Beklagte den Bewilligungsbescheid vom 26. M $\tilde{A}$  zrz 2013 teilweise gem.  $\hat{A}$  48 Abs. 1 S. 1 Sozialgesetzbuch Zehntes Buch  $\hat{a}$ 

Sozialverwaltungsverfahren und Sozialdatenschutz â (SGB X) wegen der VerÄxnderung der persĶnlichen und wirtschaftlichen VerhÄxltnisse auf und gewÄxhrte nunmehr Leistungen fļr April 2013 in HĶhe von 618,98 Euro sowie fļr Mai bis September 2013 in HĶhe von monatlich 514,26 Euro. Es erfolgte lediglich die Berļcksichtigung einer Bruttokaltmiete in HĶhe von 357,75 Euro/Monat sowie der tatsÄxchlichen Heizkosten in HĶhe von 83 Euro/Monat. Bezļglich der Anrechnung des Durchschnittseinkommens blieb es bei der VorlÄxufigkeit der LeistungsgewÄxhrung.

### Â

Gegen diesen Bescheid legten die Kläger am 17. Mai 2013 Widerspruch ein. Diesen wies der Beklagte mit Widerspruchsbescheid vom 4. Oktober 2013 als unbegrýndet zurück.

## Â

Hiergegen haben die Kläger am 9. Oktober 2013 Klage vor dem Sozialgericht (SG) Magdeburg erhoben. Sie haben im Klageverfahren und im einstweiligen Rechtsschutzverfahren S 4 AS 2408/13 ER erklärt, dass sie trotz ausgiebiger Suche keine Wohnung mit einem Mietpreis in Höhe der vom Beklagten für angemessen gehaltenen Kosten der Unterkunft und Heizung hätten finden können.

### Â

Nach Einreichung der Gehaltsabrechnungen hat der Beklagte mit Bescheid vom 25. Juli 2017 den Leistungsanspruch für April bis September 2013 endgültig festgesetzt. Er hat nunmehr für April 2013 Leistungen in Höhe von 637,61 Euro, für Mai bis Juli und September 2013 in Höhe von 542,42 Euro und für August 2013 in Höhe von 515,75 Euro gewährt. Für den Zeitraum ab Mai 2013 blieb es damit bei der Berücksichtigung einer Bruttokaltmiete in Höhe von 357,75 Euro/Monat.

### Â

Mit Urteil vom 24. November 2017 hat das SG den Beklagten verurteilt, den Kl $\tilde{A}$  $^{\mu}$ gern unter Ab $\tilde{A}$  $^{\mu}$ nderung des Bescheides vom 25. Juli 2017 f $\tilde{A}$  $^{\mu}$ r Mai bis September 2013 monatlich 68,25 Euro als weitere Kosten der Unterkunft zu gew $\tilde{A}$  $^{\mu}$ hren. Aufgrund der erteilten Zusicherung zum Umzug seien die Kosten der Unterkunft als angemessen anzusehen. Die erteilte Zusicherung wirke  $\tilde{A}$  $^{\mu}$ ber den laufenden und den nachfolgenden Bewilligungsabschnitt hinaus fort. Das SG hat die Berufung zugelassen.

# Â

Gegen das ihm am 4. April 2018 zugestellte Urteil hat der Beklagte am 17. April 2018 Berufung beim Landessozialgericht (LSG) Sachsen-Anhalt eingelegt.

## Â

Er ist der Auffassung, dass die Bindungswirkung der erteilten Zusicherung auf 6 Monate begrenzt sei. Aus dem Rechtsgedanken des fehlenden Rechtsschutzes bei einem vollzogenen Umzug könne abgeleitet werden, dass einer Zusicherung nach <u>§ 22 Abs. 4 SGB II</u> keine Iängere Bindungswirkung zukomme. Dies stehe auch im Einklang mit der

Entscheidung des Senats unter dem Az. <u>L 5 AS 189/12 B ER</u>. Durch das Inkraftsetzen der auf einem schl $\tilde{A}^{1}_{4}$ ssigen Konzept beruhenden Richtlinie zu den angemessenen Kosten der Unterkunft und Heizung zum 1. August 2012 sei eine  $\tilde{A}_{\Box}$ nderung der Sachlage im Sinne von  $\tilde{A}$ § 34 Abs. 3 SGB X entstanden, so dass keine Bindung an die Zusicherung mehr bestehe.  $\tilde{A}_{\Box}$ berdies liege in dem  $\tilde{A}_{\Box}$ nderungsbescheid vom 19. Mai 2013 eine konkludente Aufhebung des Zusicherungsbescheides vom 25. Juni 2012 gem.  $\tilde{A}$ § 48 SGB X.

Â

Der Beklagte beantragt,

Â

das Urteil des Sozialgerichts Magdeburg vom 24. November 2017 aufzuheben und die Klage abzuweisen.

Â

Die KlĤger beantragen,

Â

Â

Sie halten das angefochtene Urteil f $\tilde{A}^{1/4}$ r zutreffend.

Â

Wegen der weiteren Einzelheiten des Sachverhalts und des Sachvortrags der Beteiligten wird auf den Inhalt der Gerichtsakten und der Verwaltungsakte ergĤnzend verwiesen. Diese haben vorgelegen und sind Gegenstand der mļndlichen Verhandlung gewesen.

Â

Entscheidungsgründe:

Â

I.

Â

Die Berufung des Beklagten ist form- und fristgerecht gem $\tilde{A} = \tilde{A} =$ 

|   | , | • |   |
|---|---|---|---|
|   | 1 | ń |   |
| 4 | , | ١ | ۱ |
| , | ۰ | - | ۹ |

Streitgegenständlich ist der Bescheid vom 25. Juli 2017. Die Kläger haben den Streitgegenstand auf die Höhe der Leistungen fþr die Kosten der Unterkunft und Heizung (KdUH) begrenzt. Dies ist grundsätzlich zulässig (vgl. BSG, Urteil vom 6. April 2011, <u>B 4 AS 119/10 R</u>, juris, Rn. 32). Da das erzielte Einkommen der Klägerin zu 1. ihren Regelbedarf nicht þbersteigt, ist der Prþfungsumfang auf die KdUH beschränkt.

Â

II.

Â

Die Kl $\tilde{A}$ ¤ger haben aufgrund der vom Beklagten mit Bescheid vom 25. Juni 2012 erteilten Zusicherung einen Anspruch auf  $\tilde{A}$ bernahme der Bruttokaltmiete in tats $\tilde{A}$ ¤chlicher H $\tilde{A}$ ¶he von 426 Euro/Monat f $\tilde{A}$ 4r den Zeitraum von Mai bis September 2013.

Â

1.

Â

GemäÃ∏ § 22 Abs. 1 Satz 1 SGB II besteht ein Anspruch auf Leistungen für KdUH in Höhe der tatsächlichen Aufwendungen, soweit diese angemessen sind. Soweit die Aufwendungen für die Unterkunft den der Besonderheit des Einzelfalls angemessenen Umfang übersteigen, sind sie als Bedarf der Hilfebedürftigen solange zu berücksichtigen, wie es diesen nicht möglich oder zuzumuten ist, durch einen Wohnungswechsel, durch Vermieten oder auf andere Weise die Aufwendungen zu senken, in der Regel jedoch längstens für sechs Monate.

## Â

Der Beklagte hatte auf der Grundlage der Richtlinie zu den angemessenen Kosten der Unterkunft vom 1. August 2012 als angemessene Bruttokaltmiete f $\tilde{A}^{1}/_{4}$ r einen 3-Personen-Haushalt im  $\hat{a}_{0}$ Wohnungsmarkttyp l $\hat{a}_{0}$  einen Betrag von 357,75 Euro/Monat angesehen. Vorliegend  $\tilde{A}^{1}/_{4}$ bersteigen die von den Kl $\tilde{A}$  gern geltend gemachten Kosten der Unterkunft diesen Betrag um 68,25 Euro/Monat.

Â

2.

Â

Der Beklagte ist â□□ unabhängig von der erteilten Kostensenkungsaufforderung und vom etwaigen Vorliegen eines schlüssigen Konzeptes zu den KdUH â□□ aufgrund der erteilten Zusicherung zur Gewährung der tatsächlichen Bruttokaltmiete verpflichtet.

Â

a.

Â

Rechtsgrundlage der erteilten Zusicherung ist § 22 Abs. 4 S. 1 SGB II. Danach soll die leistungsberechtigte Person vor Abschluss eines Vertrages über eine neue Unterkunft die Zusicherung des für die Leistungserbringung bisher örtlich zuständigen kommunalen Trägers zu den Aufwendungen für die neue Unterkunft einholen. Diese Zusicherung stellt einen der Bewilligung vorgeschalteten Verwaltungsakt im Sinne von §Â§ 31, 34 SGB X dar und bindet den Leistungsträger nach den Grundsätzen des § 34 SGB X (vgl. BSG, Urteil v. 6. April 2011 â□□ B 4 AS 5/10 R Rn. 11). Gegenstand der Zusicherung ist die Ã□bernahme der Unterkunftskosten für eine konkrete Unterkunft in konkreter Höhe (vgl. BSG, Urteil v. 22. November 2011, B 4 AS 219/10 R, Rn. 11; Piepenstock in: Schlegel/Voelzke, jurisPK-SGB II, 5. Auflage (Stand 12.01.2022), § 22 Rn. 212; KrauÃ□ in: Hauck/Noftz SGB II, 3. Ergänzungslieferung 2022, § 22 Rn. 297). Mit der Zusicherung bindet sich der Träger der Grundsicherung dahingehend, dass die künftigen Aufwendungen als Kosten der Unterkunft berücksichtigt werden (KrauÃ□ in: Hauck/Noftz, aaO, § 22 Rn. 289).

## Â

Diese Zusicherung stellt damit die von der zust $\tilde{A}$  $\mu$ ndigen Beh $\tilde{A}$  $\eta$ rde erteilte Zusage dar, bei im  $\tilde{A}$  $\eta$ brigen gleichbleibenden Verh $\tilde{A}$  $\mu$ ltnissen einen Leistungsbescheid unter entsprechender Ber $\tilde{A}$  $\eta$ cksichtigung der Bedarfe f $\tilde{A}$  $\eta$ r Unterkunft und Heizung sp $\tilde{A}$  $\mu$ ter zu erlassen (Krau $\tilde{A}$  $\eta$  in: Hauck/Noftz, aaO,  $\hat{A}$  $\eta$  22 Rn. 297).

Â

b.

Â

Die Zusicherung wurde rechtswirksam und insbesondere in der gesetzlich vorgeschriebenen Form erlassen. Sie wurde von der  $\tilde{A}$  $\P$ rtlich, sachlich und funktionell zust $\tilde{A}$ imesndigen Beh $\tilde{A}$  $\P$ rde den Kl $\tilde{A}$ imesgern gegen $\tilde{A}$  $lar{1}$ 4ber mit dem Bescheid vom 25. Juni 2012 in schriftlicher Form erteilt. Anhaltspunkte f $\tilde{A}$  $lar{1}$ 4r eine Unwirksamkeit der Zusicherung im Sinne von  $\tilde{A}$  $\S$  34 Abs. 2 SGB X sind weder vorgetragen noch ersichtlich. Es liegen keine Verfahrens- oder Formfehler vor.

Â

c.

Â

Die Zusicherung war im streitigen Zeitraum weiterhin wirksam, da sie weder zur $\tilde{A}^{1}_{4}$ ckgenommen, widerrufen, anderweitig aufgehoben noch durch Zeitablauf oder auf andere Weise erledigt wurde. Gem.  $\frac{\hat{A}\S}{34}$  Abs. 2 SGB X sind auf die R $\tilde{A}^{1}_{4}$ cknahme einer

rechtswidrigen Zusicherung die Vorschriften der  $\frac{\hat{A}\S\hat{A}\S}{44}$ ,  $\frac{45}{568}$  anzuwenden. Da die Zusicherung vorliegend rechtm $\tilde{A}$  $^{\text{m}}$  $\tilde{A}$  $^{\text{m}}$ ig erfolgt ist, war eine  $\tilde{R}$  $^{\text{m}}$  $^{\text{m}}$ cknahme hiernach nicht m $\tilde{A}$  $^{\text{m}}$ glich.

Â

d.

Â

Der Beklagte kann sich auch nicht auf  $\frac{\hat{A}\S}{34}$  Abs. 3 SGB X berufen. Danach ist die Beh $\tilde{A}$ ¶rde an eine Zusicherung dann nicht mehr gebunden, wenn sich nach Abgabe der Zusicherung die Sach- und Rechtslage derart  $\tilde{A}$ ¤ndert, dass die Beh $\tilde{A}$ ¶rde bei Kenntnis der nachtr $\tilde{A}$ ¤glich eingetretenen  $\tilde{A}$ Inderung die Zusicherung nicht gegeben h $\tilde{A}$ ¤tte oder aus rechtlichen Gr $\tilde{A}$ 4nden nicht h $\tilde{A}$ ¤tte geben d $\tilde{A}$ 4rfen. Diese Voraussetzungen liegen hier nicht vor.

# Â

FÃ $^{1}$ / $^{4}$ r die Folgezeit nach dem Umzug kann der TrÃ $^{\pm}$ ger nicht einwenden, die Wohnungskosten seien unangemessen hoch, solange im Wesentlichen unverÃ $^{\pm}$ nderte VerhÃ $^{\pm}$ ltnisse vorliegen. Lediglich wenn sich die VerhÃ $^{\pm}$ ltnisse nach der Zusicherung Ã $^{\pm}$ ndern (etwa die Kosten der Unterkunft zwischen Vertragsschluss und Umzug unvorhergesehen steigen), liegt ein Fall des  $^{\pm}$ 8 34 Abs. 3 SGB X vor und der TrÃ $^{\pm}$ 9 ger ist an die Zusicherung nicht mehr gebunden, ohne dass sie zurÃ $^{\pm}$ 4ckgenommen werden mÃ $^{\pm}$ 4sste (KrauÃ $^{\pm}$ 1 in: Hauck/Noftz, aaO,  $^{\pm}$ 8 22 Rn 302).

# Â

Vorliegend ist zwischen der erfolgten Zusicherung des Beklagten vom 25. Juni 2012 und der Kostensenkungsaufforderung vom 28. November 2012 bzw. der nachfolgenden Kýrzung der Kosten der Unterkunft ab dem 1. Mai 2013 keine wesentliche Ã $\Box$ nderung der Sach- oder Rechtslage erfolgt. Voraussetzung einer derartigen Ã $\Box$ nderung ist, dass sich nach Erteilung der Zusicherung die konkrete Sach- oder Rechtslage derart Ã $\alpha$ ndert, dass die BehÃ $\alpha$ rde bei Kenntnis dieser UmstÃ $\alpha$ nde die Zusicherung nicht abgegeben hÃ $\alpha$ tte oder aus rechtlichen GrÃ $\alpha$ rden nicht hÃ $\alpha$ tte abgeben dÃ $\alpha$ rfen.

#### Â

Allein das Inkrafttreten der neuen Unterkunftsrichtlinie zum 1. August 2012 stellt keine  $\tilde{A} \square n$  der Rechtslage dar. Eine Unterkunfts- und Heizkostenrichtlinie ist nicht normkonkretisierend, weil der Begriff der  $\hat{a} \square Angemessenheit \square der Unterkunftskosten nicht auf einer offenen, ausf<math>\tilde{A} / 1$  lungsbed $\tilde{A} / 1$  rftigen Regelung oder einer Regelung mit einem Beurteilungsspielraum f $\tilde{A} / 1$  die Verwaltungsbeh $\tilde{A} / 1$  rde beruht. Vielmehr handelt es sich bei dem Begriff der  $\hat{a} \square 1$  Angemessenheit $\hat{a} \square 1$  der Unterkunftskosten im Sinne von  $\hat{A} / 1$  SGB II nach der st $\hat{a} / 1$  nach seinen gerichtlich voll  $\hat{a} / 1$  berpr $\hat{a} / 1$  fbaren unbestimmten Rechtsbegriff (vgl. S $\hat{a} / 1$  schsisches LSG, Urteil v. 6. Februar 2020, L  $\frac{1}{2} / 1$  Rn. 49 mit weiteren Nachweisen).

Â

Es kann nicht von einer  $\tilde{A}$  nderung der Sachlage  $\hat{a}$  etwa durch neue Mietwerte  $\hat{a}$  nach der erfolgten Zusicherung ausgegangen werden. Denn die der Richtlinie zugrundeliegenden Mietwerte wurden im Zeitraum von M $\tilde{A}$ xrz 2011 bis Februar 2012 erhoben. Ber $\tilde{A}^{1}$ 4cksichtigung fanden insoweit die Bestandsmieten zum Stichtag 1. Dezember 2011, die von September 2011 bis Februar 2012 ver $\tilde{A}$  fffentlichten Angebotsmieten sowie die in den neun Monaten vor dem Erhebungsstichtag (1. Dezember 2011) ermittelten Neuvertragsmieten.

## Â

Die vom Beklagten vertretene Argumentation, nach Behebung des Erkenntnisausfalls zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Richtlinie h $\tilde{A}$ ¤tte die Zusicherung nicht mehr erteilt werden d $\tilde{A}$ ½rfen, f $\tilde{A}$ ½hrt zu keiner anderen Bewertung. In Anbetracht des in K $\tilde{A}$ ½rze bevorstehenden Inkrafttretens einer KdU-Richtlinie h $\tilde{A}$ ¤tte f $\tilde{A}$ ½r den Beklagten die M $\tilde{A}$ ¶glichkeit bestanden, die Zusicherung mit einer Nebenbestimmung nach  $\tilde{A}$ § 32 SGB X (beispielsweise einer Befristung oder einem Widerrufsvorbehalt) zu versehen.

## Â

Aus dem Rechtsgedanken des fehlenden Rechtsschutzinteresses an einer Zusicherung nach vollzogenem Umzug ergibt sich entgegen der Auffassung des Beklagten nicht, dass sich die Bindungswirkung der Zusicherung lediglich auf 6 Monate erstreckt. Dies folgt auch nicht aus der Entscheidung des Senats im Verfahren L 5 AS 189/12 B ER vom 13. Juni 2012. Denn der Senat hatte in diesem Verfahren lediglich festgestellt, dass bei dem Streit um die Erteilung einer Zusicherung der Wert des Beschwerdegegenstands von 750 Euro nicht erreicht war. Denn in diesem Fall sei â∏∏ wie auch in anderen Fallgestaltungen der LeistungsgewĤhrung nach dem SGB II â∏ das Rechtsschutzinteresse auf die Dauer von 6 höchstens Monaten bzw. 12 begrenzt und die Einbeziehung Bewilligungsabschnitte komme nicht in Betracht. Die Frage der Dauer der Bindung des LeistungstrĤgers an eine erteilte Zusicherung war in dieser Entscheidung nicht gegenstĤndlich.

Â

e.

Â

Der  $\tilde{A}$  nderungsbescheid vom 19. Mai 2013 ist keine konkludente Aufhebung der Zusicherung f $\tilde{A}$  die Zukunft gem.  $\hat{A}$  48 SGB X. Die Aufhebung eines Verwaltungsaktes mit Wirkung f $\tilde{A}$  die Zukunft ist hiernach nur m $\tilde{A}$  glich, soweit in den tats $\tilde{A}$  chlichen oder rechtlichen Verh $\tilde{A}$  kltnissen eine wesentliche  $\tilde{A}$  nderung eingetreten ist. Eine derartige  $\tilde{A}$  nderung ist lediglich durch das Inkrafttreten einer Unterkunftsrichtlinie nicht erfolgt (s.o. unter d.).

Â

III.

Â

| Die | Kostenentscheidung       | beruht  | auf  | <u>§ 193</u>     | SGG. | Gründe | fÃ⅓r | eine | Zulassung | der |
|-----|--------------------------|---------|------|------------------|------|--------|------|------|-----------|-----|
| Rev | ision liegen nicht vor ( | § 160 A | Abs. | <u> 2 SGG</u> ). |      |        |      |      |           |     |

Erstellt am: 27.03.2023

Zuletzt verändert am: 23.12.2024